

PFC: Stadtwerke rüsten sich für belastetes Grundwasser

Bei der Bürgerinformationsveranstaltung bestätigen sich die Fronten in der Frage nach angemessenen Reaktionen

Rastatt (ema) – Die Einschätzungen, wie akut bei der PFC-Problematik in der Region gehandelt werden muss, klaffen weiter auseinander. Dies wurde bei der Bürgerinformationsveranstaltung am Montagabend in der Badner Halle deutlich. Knapp 90 Interessierte verfolgten die Aussagen von Vertretern von Behörden und NABU.

„Wir werden nicht lange warten“, legte Kreisumweltdezernent Jörg Peter eine entschlossene Geste an den Tag. Die Behörde führt die Ursache der punktuellen Belastungen der Böden in der Region weiterhin einzig und allein auf eine mittelbadische Firma zurück, die PFC-belastete Papierschlamm mutmaßlich illegal als Düngemittel aufgetragen hat.

Gestern lief die Frist ab, innerhalb derer das Unternehmen Stellung zu den Vorwürfen nehmen konnte. Peter sagte, man verlange von dem Unternehmer ein Konzept zur Sanierung der Böden und Reinigung des Grundwassers; man werde den Verursacher mit einem vollstreckbaren Verwaltungsakt in Haftung nehmen. Sollte der Beschuldigte nicht willens oder fähig sein, der Forderung nachzukommen, werde das Landratsamt selbst einen Gutachter auswählen und Sanierungsschritte auf den Weg bringen. Dies könnte möglicherweise noch in diesem Jahr geschehen, deutete Peter auf Nachfrage eines Bürgers an, fügte aber hinzu, dass man abwarten müsse, ob der Beschuldigte vor Gericht gehe.

Vertreter des Landratsamts zeigten aufgrund diverser Untersuchungen abermals auf, dass momentan vom Genuss von Lebensmitteln keine Gefahren ausgingen. Der NABU-Kreisvorsitzende Wolfgang Huber ging indes mit dem Vorgehen der Kreisverwaltung scharf ins Gericht. Der Verbraucher werde getäuscht, wenn man darauf verweise, dass es für das Trinkwasser keine Grenzwerte, sondern nur Orientierungswerte gebe. Damit werde der Schaden kleingeredet. Bei zwei von rund 1 000 PFC-Stoffen seien Giftwirkungen bekannt; Tierversuche hätten gezeigt, dass die Stoffe Krebs auslösen könnten. Huber räumte zwar ein, dass auch die Wissenschaft insgesamt wenig über die Problema-

tik wisse. Er schloss sich jedoch dem Aufruf des Rastatter Bürgermeisters Wolfgang Hartweg an, umgehend zu handeln, um eine Ausdehnung des PFC einzudämmen. In der Pflicht sah NABU-Biologe Martin Klatt den Landkreis auch nach dem Umweltschadengesetz, da das PFC-belastete Grundwasser Richtung Rheinniederung ströme und geschützte Tier- und Pflanzenarten bedrohen könnte. Huber kündigte an, dass er notfalls den Druck mit einer „Massenstrafanzeige“ erhöhen wolle.

Die Kritik am Landkreis, wie es überhaupt so weit kommen konnte, wies Landwirtschaftsamtleiterin Andrea Stief zurück. Zwar habe besagte Firma 2008 vom Regierungspräsidenten Stuttgart ein Bußgeld von

42 000 Euro zahlen müssen, weil sie Papierschlamm einer schwäbischen Firma in Kompost gemischt habe. Aber ob das Material mit PFC belastet war, lasse sich nicht mehr sagen. Denn erst seit 2008 gebe es für PFC nach dem Düngemittelrecht Grenzwerte; zuvor bestand keine Verpflichtung, das Material auf diesen Bestandteil zu untersuchen.

Derweil rüsten sich die Star-Energiewerke für den Fall, dass die PFC-belastete Grundwasserfahne sich weiter auf das Schutzgebiet rund ums Ottersdorfer Wasserwerk zubewegt. Geschäftsführer Olaf Kasprzyk sagte, dass man das Wasserwerk im Rieddorf mit einer PFC-Aufbereitungstechnik ausstatten werde. Für das Wasserwerk Niederbühl plant man

quasi laborartig eine Pilotanlage zur Erforschung von Aufbereitungsanlagen. Vom Reservewasserwerk Rauental wolle man eine Leitungstrasse zu dem von den Stadtwerken Gaggenau betriebenen Wasserwerk Muggensturm bauen, um genügend Trinkwasser zu haben, falls Ottersdorf ausfällt. Kasprzyk plädierte dafür, dass die regionale Bewertungskommission bereits jetzt Sanierungsvarianten erarbeiten solle, während man die rechtlichen Vorgaben „sauber abarbeitet“.

Bleibt die Frage, an wem die Kosten hängen bleiben. OB Hans Jürgen Pütsch sah das Land in der Pflicht, falls der Verursacher nicht zahle. Mit anderen Worten: Am Ende wäre der Bürger als Steuerzahler dran.